



# SONDERTHEMA: DEZENTRALISIERUNG UND DEVOLUTION

Dezentralisierung stimmt  
Staatshandeln besser auf lokale  
Bedürfnisse ab

**NORMALERWEISE BRINGT DAS MAGAZIN FÖDERALISMUS ARTIKEL ÜBER**  
die 28 Föderationen der Welt. Da es jedoch auch viele andere Länder gibt, die kleineren, regionalen Einheiten Kompetenzen zugestehen oder delegieren, betrachten wir in dieser Ausgabe den Zustand der Dezentralisierung in fünf solchen nicht-föderalen Ländern: den drei südamerikanischen Nationen

Kolumbien, Bolivien und Brasilien sowie Japan und Marokko.

Dezentralisierung ist die Übertragung bestimmter administrativer Kompetenzen an die Regionen eines Landes, ohne dass jedoch politische oder finanzielle Kompetenzen gewährt würden.

In verschiedenem Maße haben die fünf Länder beschlossen oder versuchen, den politischen Entscheidungsfindungsprozess näher an die davon betroffene Bevölkerung zu bringen.

Gewisse „unitaristische“ Staaten existieren seit Jahrhunderten; doch entweder um einer secessionistischen Bewegung das Wasser abzugraben oder die Entscheidungsfindung der Regierung effizienter zu gestalten, wird oft beschlossen, mit einer absoluten Machtkonzentration im Zentrum zu brechen und gewisse Kompetenzen an eine andere Verwaltungsebene „nach unten“ zu delegieren (Devolution). Davon zeugt z. B. die britische Politik in Schottland, Wales und Nord-Irland nach den Wahlen von 2007.

Devolution ist eine Methode der Dezentralisierung, die nicht nur administrative Entscheidungsfindung delegiert, sondern auch politische und fiskalische Dezentralisierung beinhaltet. Als solche ist Devolution die am weitesten entwickelte Art der Dezentralisierung, ohne jedoch die Grenze zur verfassungsmäßigen Selbstverwaltung zu überschreiten.



## BOLIVIEN

Die fünf in dieser Ausgabe der Zeitschrift untersuchten Länder befinden sich an unterschiedlichen Stellen auf dem Kontinuum zwischen elementarer Dezentralisierung und maximaler Devolution. Keines sieht sich der unmittelbaren Gefahr einer Abspaltung einer seiner subnationalen Einheiten gegenüber.

Japan ist von den fünf das am wenigsten regionalisierte. Wie der Economist kürzlich kommentierte: „In Japan sind politische Macht und wirtschaftliche Ressourcen mehr als in irgendeiner anderen reichen Demokratie im Zentrum konzentriert.“ Trotzdem hat zu Beginn diesen Jahres eine Regierungskommission mehr oder weniger die Aufweichung des seit 1867 zentralistisch regierten Staates empfohlen. Der Vorschlag würde die Kompetenzen der Zentralregierung auf 16 Bereiche beschränken, inklusive Außenpolitik, Nationaler Sicherheit und Handelspolitik. Die Regionen hätten dann auch Kompetenzen in Bereichen wie öffentliche Bauten und Wirtschaftsförderung.

In Marokko versucht die Regierung, die Wut der Jugend zu entschärfen und terroristischen Bombenlegern wie jenen, die das Land vor fünf Jahren schockiert haben, das Handwerk zu legen. Teil dieser Strategie ist es, der lokalen Ebene vermehrt Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu übertragen.

Unter den südamerikanischen Ländern hat Kolumbien wesentliche Fördermittel vorgesehen, um die Dezentralisierung voranzutreiben, aber die Reformen sind immer noch weit davon entfernt, Devolution auch nur zu ähneln.

In Bolivien kämpft Präsident Morales eine aussichtslose Schlacht gegen subnationale Regionen im Osten des Landes, die sich in einer Volksabstimmung für mehr finanzielle Kompetenzen ausgesprochen haben. In Morales' Augen ist diese Dezentralisierung nichts anderes als ein Mittel der wohlhabenden Gutsbesitzer, die Macht wiederzuerlangen und die Steuerlast zu senken. Morales sieht das zusätzliche Steueraufkommen als Hilfe an die ärmeren, vor allem indigenen 70 Prozent der Bevölkerung.

Gleichzeitig hat Dezentralisierung in Peru während der letzten 29 Jahre nur ruckartig stattgefunden. Martin Tanaka und Sofia Vera vom Institut für Peruanische Studien beschreiben, wie chaotisch die Dezentralisierung in ihrem Land ist – bislang unfähig, einen kohärenten und funktionierenden institutionellen Rahmen der Erbringung von öffentlichen Diensten zu Gunsten der Bevölkerung aufzubauen.